

STEUERN

FRANKREICH

Okkultur Kreislauf

ausgerüstet mit Slivowitz-Flaschen, Messern und Pistolen. Die Okkupanten sangen, ließen ihren Branko hochleben und jagten die Stadtverordneten auseinander: „Was wollen die Kommunisten hier eigentlich? Es ist höchste Zeit, daß sie abtreten — dann brauchen wir ohnehin weniger Steuern zu zahlen. Sie haben uns lange genug den Verstand eingesalzen.“

Branko Ivošević, der die Huldigungen lächelnd entgegennahm, weigerte sich, der Polizei die Räumung des Saales zu befehlen. Erst auf einer weiteren Sitzung, als Miliz die kleine Fraktion linientreuer Kommunisten und das Rathaus unter ihren Schutz genommen hatte, konnte Ivošević von seinem Posten vertrieben werden.

Radio Belgrad am 18. März über den Požarevac-Aufbruch: „Dank der Aktivität der Parteiorganisationen wurde der Versuch, bestimmte oppositionelle Gruppen zu bilden ... enthüllt und so dem Versuch vorgebeugt, das politische Mehrparteiensystem zu legalisieren.“

Obgleich 17 Teilnehmer der Demonstrationen als Anhänger einer „gutorganisierten Gruppe, die selbst vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückschreckt“, oder „wegen Verbreitung lügnerischer Behauptungen“ angezeigt wurden, breitet sich Widerstand gegen Belgrad über ganz Serbien aus.

In Rača, Bujanovac, der Schnapsstadt Vlasotince und in Kraljevo — wo der Bürgermeister unter Hinweis auf den Volkswillen sogar die Rücknahme einer gegen ihn verhängten Parteistrafe verlangt — rüstet sich eine auf-rührerische grüne Front unter Führung populärer Lokalhelden zum Widerstand gegen höhere Steuern und gegen alles, was aus Belgrad kommt: Sie fordern höhere Zwetschgen- und Schweinepreise und eine Welt, in der es endlich wieder nach traditionellen serbischen Sitten zugeht.

Der serbische Abgeordnete Slavko Milošević: „Wie sehr diese oppositionellen Kräfte bereits um sich gegriffen haben, das sieht man an den Wähler-versammlungen auf den Dörfern, wo offen verschiedene antisozialistische Parolen vorgetragen werden.“

Auf der Suche nach treibenden Kräften hinter der programmlosen Widerstandsbewegung serbischer Bauern, für die Widerstand gegen die Staatsgewalt seit je ein Volksfest ist, fand die Boulevardausgabe der Belgrader „Politika“ zunächst nur „Antidemokraten, Demagogen, Kritiker, Nationalisten und feindliche Elemente, denen das Schicksal unseres Landes nicht am Herzen liegt“.

Die „Borba“, das Zentralorgan des „Sozialistischen Bundes der Werktätigen“, entdeckte jedoch Anhänger des (ehemaligen) Moskauer Kominformbüros und des Draja Mihajlović.

Der serbische Nationalist Mihajlović wurde wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen verurteilt und 1945 hingerichtet.

Wir Franzosen“, witzelte Frankreichs Staatspräsident Georges Pompidou, „haben uns im Laufe der Jahrhunderte mit vielen Erbfeinden herumgeschlagen. Aber ein Erbfeind ist uns geblieben: der Fiskus.“

In der Tat: So heftig einst die Franzosen gegen die Steuerfront des ancien régime aufbegehrten, so hartnäckig verteidigen seine Besitzbürger heute ihre Brieffaschen gegen die Republik. „In fiskalischen Angelegenheiten“, erläuterte der Pariser „Express“



Steuereintreiber Giscard d'Estaing
Nur jeder zehnte zahlt freiwillig

den ungebrochenen Kampfgeist, „denken die Franzosen weder logisch noch moralisch.“

Auf offener Straße zerlegten sie letzten Sommer in Lyon den 2-CV-Kleinwagen einer hartherzigen Finanzbürokratin. Und ebenfalls in Lyon unternahmen sie in diesem Februar sieben nächtliche Sprengstoff-Attentate auf ihre Finanzkassen.

In den Provinzen südlich des Loire-Bogens, wo die anarchischen Volkstraditionen am lebendigsten sind, formierten sich neue Steuerfronten zum Aufbruch gen Norden.

Dort trommelte der Papierwarenhändler Pierre Poujade, der das Parlament in den 50er Jahren als Chef einer „Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker“ unter Druck gesetzt hatte, zum Aufstand gegen die oberste Steuerbehörde des Landes, das Pariser Finanzministerium. Dort mobilisierte auch letztes

Jahr ein neo-poujadistisches „Mouvement La Tour-du-Pin“ die Kleingewerbler zur fortgesetzten Steuer-Résistance. In der vergangenen Woche explodierte der lang angestaute Steuer-Unmut. Mit Pflastersteinen, Straßensperren und Knüppeln protestierten Krämer gegen die ihrer Meinung nach zu hohe Mehrwertsteuer.

Den wirksamsten Widerstand jedoch üben die Franzosen lautlos — an der geheimen Front des Steuerbetrugs. Nach vorsichtigen Schätzungen gelingt es ihnen laut „L'Express“ immerhin, zehn bis fünfzehn Prozent des jährlichen Steuersolls einzubehalten. Auf den Staatshaushalt 1970 umgerechnet, wären das 17 bis 25 Milliarden Franc. Die Regierung könnte dafür die doppelte Zahl von Lehrern besolden oder 5000 Kilometer Straßen bauen.

Solche Riesen-Fehlbeiträge freilich nimmt nur eine Nation ohne Aufschrei in Kauf, die den Steuerbetrug bis in die höchsten Spitzen der Gesellschaft hinein kultiviert hat.

So erklagte sich die Witwe eines Medizin-Professors den bisher höchsten Schadenersatz für einen tödlichen Jagdunfall — eine Million Franc. Ihre Begründung vor Gericht: Der verbliebene Gatte habe weit höhere Honorare eingestrichen als versteuert.

1968 ließ der damalige Finanzminister Michel Debré die allgemeine Steuermoral testen. Er fand sie so niederschmetternd, daß er das Umfrage-Ergebnis verheimlichte. Erst Nachfolger Valéry Giscard d'Estaing, der mit dem jahrhundertalten Übel der Franzosen aufräumen will, machte jetzt die Umfrage-Ergebnisse publik:

Danach hielten 52 Prozent aller Franzosen die Steuerhinterziehung im Lande für „weit“ oder „sehr weit“ verbreitet. Nur knapp jeder vierte nannte es Diebstahl, gesetzliche Abgaben zu hinterziehen. Zehn Prozent der Befragten verurteilten es als unmoralisch, fünf Prozent als Sünde. Umgekehrt zahlte nur einer von zehn ehrlichen Bürgern seine Steuern aus Überzeugung. Die übrigen neun enthielten sich des Betrugs, weil sie nicht schummeln konnten oder weil ihnen Schwindeleien zu riskant erschienen.

Kein Grund zum Verzweifeln: Der Pariser Verlag Denoël leistet Betrugsbeistand. Unter dem Titel „Wie lebe ich über meine Verhältnisse“ empfehlen zwei Juristen in einer Broschüre (13,50 Franc) Steuerschuldnern eine „Politik der verbrannten Erde und des permanenten Guerilla-Krieges“.

„Wachsamkeit zu jeder Minute“ sei am Platze, um die Neugier des Steuerinquisitors gar nicht erst zu erregen. So warnen die Autoren zum Beispiel vor dem altmodischen Trick, die Privatjacht in Cannes als betriebseigene „Segelschule“ abzubuchen. Auch sei es nicht mehr zeitgemäß, das private Landhaus als „Warendepot“, „Erholungsheim“ oder „Kulturzentrum“ zu deklarieren — wie das noch vor Jahren mit der Hälfte aller Sommerresidenzen im Paris-nahen Département Seine-et-Oise geschah.

Statt dessen raten die Autoren André Calles und Dominique Eudes

GRIECHENLAND

ONASSIS/NIARCHOS

Köder in Öl

dazu, ein „historisches Monument“ zu erwerben oder den ersten Wohnsitz vorübergehend aufs Dorf zu verlegen. So ließen sich Installations- und Unterhaltungskosten eines Landschlösschens ebenfalls steuerlich absetzen.

Solche Tricks sind nur Besitzbürgern möglich, die ihr Jahreseinkommen selbständig veranschlagen dürfen. Die Masse der lohnabhängigen Steuerzahler hingegen hat brav zu zahlen, weil — ähnlich wie in der Bundesrepublik — der Arbeitgeber ihre Bezüge dem Finanzamt meldet. Zur Gegenkontrolle durchleuchtet der Steuerinspektor überdies ihren Lebensstandard. Auch auf dem vereinfachten Formblatt Nummer 2043 der Jahresdeklaration 1969 werden Kleinstverdiener über ihren privaten Fuhrpark und ihr Hauspersonal sowie über den Besitz von Rennpferden, Privatflugzeugen oder Jagdgründen vernommen.

Betrugsexperten meinen allerdings, daß höchstens ein Hundertstel aller Staatsverluste auf das Konto jener Amateur-Hinterzieher kommt. Denn ähnlich wie in Westdeutschland arbeiten auch in Frankreich die professionellen Großbetrüger mit wissenschaftlich verfeinerten Methoden.

Jean Cosson, stellvertretender Generalstaatsanwalt am Pariser Appellationshof, identifizierte die Zapfstellen: „Industrie-Unternehmen und Handelsgesellschaften, von denen einige zu den bedeutendsten des Landes gehören.“ Diese ehrbaren Firmen verheddern sich nicht im Fahndungsnetz, weil sie ihre Betrugsmanöver von vornherein durch eine makellose Buchhaltung abzuschirmen wissen.

Im Richterblatt „Gazette du palais“ schildert Cosson, wie in einem okkulten Kreislauf Warenlager und Barschecks hin- und hergeschoben werden. Als Geschäftspartner dienen eigens gegründete „Taxi“-Firmen, die fiktive Millionenoperationen mit entsprechenden Belegen decken.

Mit herkömmlichen Fahndungsmethoden vermochte Frankreichs Finanzbürokratie dieses „mysteriöse Universum“ („Le Monde“) bislang nicht zu durchleuchten. Cosson fordert deshalb, endlich mit rigoroseren Methoden gegen diese „Subversion der Wirtschaft“ einzuschreiten.

Finanzminister Giscard hofft auf eine Elektronik-Waffe. Er will die Steuerüberwachung bis 1975 auf ein Computer-gesteuertes Zentralsystem umstellen und den schwerfälligen Beamtenapparat (derzeit 62 000 Bedienstete) straffer organisieren.

Giscard glaubt, auch die Steuermoral des Volkes heben zu können. Auf den neuesten Steuerformularen, die jetzt den 20 Millionen abgabepflichtigen Franzosen zugehen, versprach er ihnen mit eigener — faksimillierter — Unterschrift, sie vom lästigen Papierkrieg zu erlösen. Und vor den Mikrofonen Radio Luxemburgs spielte der oberste Steuereintreiber kostenlos Helfer in Steuersachen. Zum Ansporn für alle zahlungsunwilligen Steuerpflichtigen diktierte er Anfang des Monats dem Bürger Charles Pascal die Steuererklärung für 1969.

Der Welt mächtigste Tankermilliardäre, Aristoteles Onassis, 64, und Stavros Niarchos, 60, wollen die Athener Militärjunta vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahren.

Anfang dieses Monats kamen sie mit der Obristenregierung überein, in den nächsten zwölf Jahren rund 800 Millionen Dollar (drei Milliarden Mark) im industriell unterentwickelten Griechenland zu investieren. Die Liaison verspricht Machthabern und Milliardären gleichermaßen Profit: den Tanker-Tycoons weitere Millionengewinne, der Regierung den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung und damit die Sicherung ihres Regimes.

Premier Georgios Papadopoulos sieht in dem angekündigten Dollar-

gedient: Den Zuschlag sollte erhalten, wer gleichzeitig auch Kapital in andere, bisher nur zum Teil oder gar nicht erschlossene Bereiche der griechischen Wirtschaft investierte.

Aristoteles Onassis, Grieche mit argentinischem Paß, und der Amerika-Grieche, US-Lobbyist und ehemalige CIA-Mann Tom Pappas bewarben sich als erste um das Projekt. Pappas bot 150 Millionen Dollar zusätzlicher Investitionen, sein kapitalkräftigerer Landsmann hingegen offerierte 360 Millionen Dollar.

Pappas blieb auf der Strecke. Die Verhandlungsposition des Großreeders verstärkte sich automatisch. Er begann, der Militärregierung seine Bedingungen zu diktieren.

Papadopoulos, der fürchtete, sein Freund Onassis könnte sich durch zu harte Verhandlungstaktik selbst aus dem Geschäft katapultieren und ihm damit den Aufbauplan verderben, drängte den Tankerkönig daher, we-



Großreeder Onassis, Niarchos: Kampf um Macht und Millionen

Segen denn auch eine „bessere und glücklichere Zukunft für Griechenland und sein Volk“.

Mit dem Abschluß der Wirtschaftspakte durch Kapitalisten und Obristen Anfang März endete ein jahrelanger Kampf rivalisierender Reeder, mächtiger Ölkonzerne und korrumpierter Militärs um Macht und Moneten.

Das Gerangel begann im Februar 1968, als die Regierung die wohl lukrativste Geldquelle Griechenlands feilbot — eine Konzession für den Bau einer Erdölraffinerie. Mit 7,5 Millionen Tonnen Rohöldurchsatz jährlich soll die neue Anlage das Benzin für die künftige Motorisierung Griechenlands liefern. Bisher existieren im Land nur zwei Raffinerien, eine staatliche in Aspropyrgos (Kapazität: 1,8 Millionen Tonnen jährlich) und eine private der Esso-Pappas-Gruppe mit zwei Millionen Tonnen Kapazität in Saloniki.

Von Anfang an hatte den auf ausländisches Kapital erpichten Obristen die geplante Raffinerie nur als Köder

nigstens einen Vorvertrag abzuschließen. Im Herbst 1968 pressierte es dem Premier so sehr, daß der Reeder seine Flitterwochen mit Ehefrau Jackie auf Scorpions abbrach, nach Athen flog und den Vorvertrag unterzeichnete.

Die Aufgabe, die Modalitäten des endgültigen Vertrages auszuhandeln, überließ der Premier fortan seinem Minister Ioannis Rodinos Orlandos sowie Staatssekretär Ioannis Nassoufis vom Koordinationsministerium.

Monatlang feilschten Nationalökonom Rodinos Orlandos, der in Tübingen und Lausanne studiert hatte, und Diplomingenieur Nassoufis, ehemals Assistent an der TH Braunschweig und Direktor bei Krupp — beide als „deutsche Garde“ im Koordinationsministerium bekannt —, mit dem Tanker-Milliardär um Erdölpreise, Frachtraten, Stromkosten und Kredite.

Während der Verhandlungen mit dem Reeder wurden die im Ölgeschäft unerfahrenen Regierungsvertreter nicht nur klüger (Onassis: „Die Herren